



BLAUER BOTE

IHRE ZEITUNG FÜR DIE HAUPTSTADT · AUSGABE HERBST/WINTER 2024

AfD Landesverband Berlin

Messergewalt in Berlin

Gewalttäter abschieben.
Seite 2



Foto: stock.adobe.com, trekmphphoto

Von Dänemark lernen

Problemviertel bekämpfen.
Seite 2/3 Fraktionsteil



Foto: stock.adobe.com, Jan Winkler

Rechtsruck-Lüge

Was genau dahinter steckt?
Seite 3



Editorial

von Dr. Kristin Brinker



Liebe Leser,

Wer ist demokratieunfähig?

Das Superwahljahr 2024 neigt sich dem Ende zu. In Sachsen und Brandenburg ist die AfD zweitstärkste Kraft geworden, in Thüringen sogar Wahlsieger mit 32,8%. Das Lamento danach über die demokratieunwilligen, beleidigten Ostdeutschen ist groß. Dabei wird völlig außer Acht gelassen, dass gerade die Ostdeutschen sich vor 34 Jahren mit viel Herzblut und Risiken Demokratie und Freiheit erkämpft haben. Sie wissen, was es bedeutet, in einem totalitären Staat zu leben, eine öffentliche und eine private Meinung haben und zwischen den Zeilen lesen zu müssen. Wer Zugang zum Westfernsehen hatte, wusste, dass die Wahrheit irgendwo zwischen Aktueller Kamera und heute-journal lag. Wenn Ostdeutsche etwas gelernt haben, dann sich eine eigene Meinung zu bilden. Nichts anderes ist 2024 passiert. Die Wähler haben sich für die Parteien entschieden, die aus ihrer Sicht die besten Lösungen für die gravierenden Probleme unserer Zeit anbieten. Eine Einheitsfront von Linkspartei bis CDU/CSU scheint für viele keine demokratische Alternative zu sein. Die Ostdeutschen haben ihren Wählerwillen klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Mehr Demokratie geht nicht!

IHRE **KRISTIN BRINKER**
LANDESVORSITZENDE

Extremismus in Berlin: Der Senat verkennt das Problem!

Foto: arabe.stock, Mighty

Beängstigende Kriminalitätsentwicklung in Berlin: 2023 stieg die Zahl der Delikte auf 536.697 (+ 3,2%). Besonderes Augenmerk liegt bei dieser Statistik regelmäßig auf den politisch motivierten Straftaten.

Der Senat und die politische Linke unternehmen alles, um den Rechtsextremismus als ultimatives Feindbild aufzubauen. So schwelgte der Regierende Bürgermeister Kai Wegner in folgender Superlativ-Aussage: „Der Rechtsextremismus ist die größte Gefahr für unsere Demokratie.“ Und die Grünen fordern einen Zehn-Punkte-Plan, in dem nicht nur gegen die AfD gewettert, sondern auch gleich noch Polizei und Justiz eine Mittäterschaft ange-dichtet wird.

Jeder weiß, dass es in Berlin eine gewaltbereite linksradikale Szene gibt.

Aber stimmt das überhaupt? Echte Rechtsextremisten spielen in unserer Stadt kaum eine Rolle. Politisch und zahlenmäßig sind sie marginalisiert. Hingegen: RAF-Terroristen, Angriffe auf Wahlkreisbüros und Wohnungen, Brandanschläge auf die Bahn oder Tesla – war da was?

Jeder aufmerksame Zeitungsleser weiß, dass es in Berlin eine gewaltbereite linksra-

dikale Szene gibt. Die Zahlen der Kriminalstatistik sprechen eine klare Sprache: Die Zunahme linker Brandanschläge lag 2023 bei 187 Prozent. (Rechte Brandanschläge = 0.)

Und dann Islamisten und Antisemiten: Nach dem Angriff der Hamas auf Israel sind antisemitische Straftaten geradezu explodiert (+ 135%). Fast täglich gibt es Berichte über Aktionen aus dem propalästinensischen Umfeld.

Das alles hat natürlich Folgen: In Frankfurt/Oder sind mehrere Polizisten nötig, nur um einen 15jährigen rund um die Uhr zu überwachen. Er hatte Kontakt mit einem Islamisten aus Wien, der dort Taylor-Swift-Fans angreifen wollte. Immerhin: Die Brandenburger Polizei hat die Kapazitäten, potentielle IS-Kämpfer im Auge zu behalten. In Berlin hingegen wurde vor 8 Jahren darauf verzichtet, Anis Amri zu beschatten, weil die Behörden überlastet waren. Für Berlin wird die Zahl der gewaltbereiten Salafisten mit 350 angegeben. Wer soll die bitte alle unter Kontrolle halten? Vor allem dann, wenn der Senat die falschen Prioritäten setzt?

~RONALD GLÄSER

Illegale Masseneinwanderung fördert Messergewalt

Messerattacken gehören mittlerweile zum traurigen Alltag.



Foto: aufgabestock, neck_the_stock

Die Messerangriffe von Mannheim und Solingen fügen sich in eine lange Reihe von tödlichen Attacken mit Messern. Die Täter sind häufig Migranten, das Motiv ist oftmals religiöser Fanatismus.

Messergewalt ist mittlerweile in der Hauptstadt blutiger Alltag: Jeden Tag gibt es allein in Berlin 10 Messer-Straftaten. Laut einer AfD-Anfrage waren 2023 unter den Tatverdächtigen mit 53,5 Prozent über die Hälfte Migranten, vornehmlich aus der Türkei und aus Syrien. Dagegen steht ein Ausländeranteil von 23,9 Prozent an Berlins Einwohnern. Damit verübten Migranten fast viermal so oft Messerangriffe wie Deutsche. Die Zahlen zeigen: Die grassierende Messerkriminalität ist Folge der katastrophalen Einwanderungspolitik.

Im Jahr 2023 verübten Migranten fast viermal so oft Messerangriffe wie Deutsche.

Nach den Messermorden folgte von der Ampel-Koalition die altbekannte Symbolpolitik: Statt die Wurzel dieser Taten anzugehen, gibt es Kundgebungen der Betroffenheit, neue Messerverbote und

Demonstrationen gegen rechts. Tatsächlich liegt das Problem im kompletten Versagen bei Abschiebungen, die trotz Befund nicht vorgenommen werden.

Das tatsächliche Problem liegt im kompletten Versagen bei Abschiebungen, die trotz Befund nicht vorgenommen werden.

Auch die Täter von Mannheim und Solingen hätten nicht mehr in Deutschland sein dürfen. Aber Rückführungen in zuständige EU-Staaten erfolgen kaum. Zugleich drängen jährlich hunderttausende Asylbewerber neu ins Land. Dabei ist die Leistungskürzung für Ausreisepflichtige längst überfällig: Bett, Brot und Seife, wie in den Niederlanden. Doch der politische Wille zur rigorosen Abschiebung fehlt. Es ist Zeit für eine Wende. Es ist Zeit für die AfD.

~HUGH BRONSON

Karsten Woldeit, Innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion zum Thema Messerattacken in Berlin und Deutschland.

Jetzt auf YouTube ansehen, einfach QR-Code scannen!

Mehr zum Thema Messerattacken auf unserem YouTube Kanal.



Busse und Bahnen

CDU setzt grüne Verkehrspolitik fort



Jahrelang haben zwei grüne Verkehrsministerinnen das für die Mobilität so wichtige System von Bussen und Bahnen kaputt gemacht.

Die Weiterentwicklung des Schienennetzes durch rechtswidrige Ausschreibungen verhindert, das Anschaffen neuer U-Bahnen durch rechtswidrige Ausschreibungen auf Halbe gelegt, übertriebene Elektro-Busse gekauft, die im Winter liegen bleiben und denen die Ladeinfrastruktur fehlt, die Digitalisierung von Weichen und Stellwerken verschlafen.

Die Folgen sind marodes Material, zu wenig Busse und Bahnen, frustrierte Mitarbeiter. Deshalb haben die Berliner 2023 bei der Wiederholungswahl zum Abgeordnetenhaus den Grünen die rote Karte gezeigt.

Doch ist es mit den beiden CDU Verkehrsministerinnen besser geworden? Die CDU redet über die großen Ausbaupläne für das U-Bahn-Netz, doch der U-Bahn Betrieb geht völlig den Bach runter.

Die Taktzeiten wurden ausgedünnt, trotzdem kommen erhebliche Verspätungen hinzu, Inzwischen fahren Züge auf wichtigen Linien völlig fahrplanfrei und in Takten von 20, teilweise 30 Minuten. Mit der U1 wurde eine ganze U-Bahn-Linie zeitweise stillgelegt, zusätzlich werden die Mitarbeiter der BVG so schikaniert, dass sie sich in die Krankheit flüchten und nunmehr auch nicht genügend Personal da ist.

Dieses Chaos im Senat und im BVG-Management hat Berlin nicht verdient, deshalb jetzt die AfD unterstützen.

~ROLF WIEDENHAUPT

Verfassungswidriges Verfassungsgericht?

Wahlrecht des Berliner Verfassungsgerichtshofs muss dringend reformiert werden

Exakt drei Jahre nach Ablauf der auf sieben Jahre befristeten Amtszeit des Vizepräsidenten und fünf weiterer Richterinnen und Richter des Verfassungsgerichtshofs des Landes Berlin hat das Abgeordnetenhaus am 4. Juli 2024 sechs Nachfolger gewählt und damit die schwerste Krise des erst 1990 gegründeten Landesverfassungsgerichts überwunden. Sechs von neun Richtern fehlte drei Jahre lang die erforderliche demokratische Legitimation durch parlamentarische Wahl (Art. 84 I, III VvB).

Den streitenden Parteien war aber auch der gesetzliche Richter (Art. 15 V 2 VvB, 101 I 2 GG) entzogen. Damit war ein wesentliches Element des Rechtsstaatsprinzips verletzt, an das Berlin auch durch das Grundgesetz (Art. 28 I 1 GG) gebunden ist und an das vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Berliner Wahlprüfung erinnert worden war, denn sechs der neun Richter waren über die gesetzliche Amtszeit hinaus nicht nur am Wahlprüfungsverfahren, sondern an mehreren hundert weiteren Entscheidungen beteiligt, die bei anderer Besetzung der Richterbank womöglich anders getroffen worden wären.

Die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs werden mit Zweidrittelmehrheit gewählt. Der Zugang zum Verfas-

sungsgerichtshof war blockiert, bis sich die etablierten Parteien einig waren. Ziel war nicht die Auslese der Besten, sondern erstens, die AfD von der Einflussnahme auf die Kandidatenliste auszuschließen und zweitens, alle anderen im Parlament vertretenen Parteien, also CDU, SPD, Grüne und Linke, verhältnismäßig zu bedienen.

Die Verfassung von Berlin (Art. 19 II VvB) will, dass die Parteien beim Zugang zu öffentlichen Ämtern keine Rolle spielen.

Die Verfassung von Berlin (Art. 19 II VvB) will, dass die Parteien beim Zugang zu öffentlichen Ämtern keine Rolle spielen. In



Foto: stockadebe, fillbreak

der Praxis aber nehmen sie sich den Staat oft genug als Beute. Man spricht deshalb vom Parteienstaat.

Das Wahlrecht des Berliner Verfassungsgerichtshofs muss nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre dringend reformiert werden. Die AfD Berlin diskutiert in ihrem Landesfachausschuss Demokratie und Rechtsstaatlichkeit die nötigen Konsequenzen und wird bis zur nächsten Wahl Änderungsvorschläge unterbreiten.

~UWE KASPER

Die "Rechtsruck"-Lüge

Was steckt hinter dem vermeintlichen "Rechtsruck"?

Immer wieder wird vom „Rechtsruck“ gesprochen, wenn konservative Parteien wie die AfD ihre Positionen vertreten. Doch was steckt wirklich dahinter? Die eigentliche Perversion dieses Begriffs liegt darin, dass diejenigen, die ihn am lautesten benutzen, jetzt exakt die Forderungen übernehmen, die sie zuvor als „rechts“ gebrandmarkt haben. Migration, Sicherheit, nationale Interessen – plötzlich sind das keine „rechten“ Themen mehr, wenn sie wie in letzter Zeit von der CDU angesprochen werden. Der Begriff „Rechtsruck“ wird als strategisches Mittel zur Diskreditierung politischer Konkurrenten eingesetzt, um eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Inhalten zu vermeiden.

Was wir erleben, ist ein doppeltes Spiel: Einerseits wird die AfD an den Rand gedrängt, andererseits übernehmen die selbsternannten „demokratischen“ Parteien deren Positionen – freilich ohne dabei die gleiche Etikettierung zu erhalten. Dies ist nicht nur heuchlerisch, sondern offenbart auch die wahren Absichten: poli-



Foto: stockadebe, thranwald-pictures

tische Gegner mundtot machen, um selbst die Kontrolle über den Diskurs zu behalten. Moralische Überlegenheit soll suggeriert werden, während man gleichzeitig die eigene Machtposition absichert.

Diese Taktik ist nicht nur unfair, sondern gefährdet die Demokratie. Wenn Regierungen oder Parteien wie nach den Landtagswahlen in Thüringen beginnen, Regeln nach ihrem Interesse zu ändern und gleichzeitig den politischen Gegner durch Etiketten aus dem Diskurs drängen, geht

es nicht mehr um demokratischen Wettbewerb. Es geht um Machtpolitik, die den pluralistischen Charakter der Demokratie untergräbt.

Eine funktionierende Demokratie muss für alle Bürger da sein.

Die eigentliche Frage ist daher: Wer gefährdet hier die Demokratie? Diejenigen, die offen für ihre Positionen eintreten, oder die, die mit diffamierenden Begriffen den politischen Wettbewerb verzerren und gleichzeitig dieselben Forderungen übernehmen?

Eine funktionierende Demokratie muss für alle Bürger da sein – nicht nur für jene, die zufällig die politische Oberhand haben. Das Spiel mit dem „Rechtsruck“ ist durchschaubar, schädlich und diskreditiert jene Bürger, die sich nicht dem Diktat der „Meinungsmacher“ beugen.

~JEANNETTE AURICHT





10 Fragen an: Carsten Ubbelohde

Carsten Ubbelohde MdB,
geboren 1962 in Berlin, Zahnarzt in eigener Praxis

- Ihr Lieblingsplatz in Berlin ist ...?**
Alt-Lübars
- Das Getränk zum Lieblingslied?**
Riesling zu Summer Wine
- Im Radio hören Sie am liebsten ...?**
die Ruhe
- Wo gibt es die beste Pizza in Ihrem Bezirk?**
in unserer Küche
- Was mögen Sie an Berlin am meisten?**
Wassersport auf dem Tegeler See
- Und was ist das Schrecklichste?**
das Gerede vom Noch-Regierenden Bürgermeister
- Warum sind Sie Abgeordneter geworden?**
dem politischen Irrsinn in Berlin und Deutschland ein Ende zu bereiten
- Was war ihr größter Erfolg als Abgeordneter?**
die Verteidigung meines Antrages zur Corona-Aufarbeitung im Abgeordnetenhaus gegen die Corona-Maßnahmen-Leugner
- Haben Sie die Entscheidung jemals bereut?**
immer dann, wenn meine Tochter sich kaum noch traut zu fragen, ob ich Zeit für sie habe
- Wenn Sie einen Wunsch im Abgeordnetenhaus frei hätten, wie würde der lauten?**
weniger Abgeordnete, mehr Volksvertreter

Wir wünschen
allen Berlinern
*Einen
schönen
Herbst!*



**Sie sind beruflich
oder privat stark
eingespannt?**

**Dann können Sie uns auch
durch eine
Fördermitgliedschaft
oder eine Spende
unterstützen:**

SPENDENKONTO:

AfD - Landesverband Berlin,
DE35 1005 0000 0191 1950 57
BELADEBEXXX



**Mitmachen, Mitbestimmen,
Mitglied werden.**

**Werden Sie jetzt
Teil der Alternative
für Deutschland!**

<https://www.afd.de/mitglied-werden/>



**Folgen Sie uns:
AfD Landesverband Berlin**

www.afd.berlin

facebook.com/afdberlin/

twitter.com/AfDBerlin

AfD

Landesverband
Berlin

IMPRESSUM

Herausgeber AfD Landesverband
Berlin, Eichhorster Weg 80, 13435
Berlin Verantwortlich im Sinne
des Presserechts Ronald Gläser
E-Mail lgs@afd.berlin

REDAKTIONSSCHLUSS 7. OKTOBER 2024

